

Wer nachgibt, verliert

Essay Warum der Westen Probleme lösen will – und der Osten nicht Von Martin Doerry

eshalb verstehen sie uns eigentlich nicht? Weshalb wollen sie nicht endlich begreifen, dass sich ihre Konflikte und Widersprüche nur mit mutigen Reformen und Kompromissen aus der Welt schaffen lassen?

Sie – das sind nicht nur die Griechen, das sind auch die Russen, die Israelis, die Palästinenser und viele andere mehr. Ob es die Eurokrise ist, der Krieg in der Ukraine oder der Nahostkonflikt: Für jeden dieser Streitfälle gibt es plausible Lösungsvorschläge. Seit Jahren schicken Europas Politiker ihre Rezepte nach Athen und Moskau, nach Jerusalem, Ramallah und Bagdad. Aber kaum jemand will sie dort zur Kenntnis nehmen.

Diese Erfahrung sollte die Akteure des Westens stutzig machen und nach einer Erklärung suchen lassen. Also: Vielleicht sind sie es, die hier nichts verstehen? Vielleicht sind ihre Vorschläge grundsätzlich untauglich zur Lösung der Probleme des Ostens? Und zwar nicht, weil sie hier und da unausgegoren sind oder gar widersprüchlich. Vielleicht ist allein die Vorstellung, dass Probleme grundsätzlich und immer gelöst werden müssen, schon ein großer Irrtum, zumindest aus Sicht der Betroffenen.

Ein Blick auf die Landkarte zeigt, wo die Grenzlinie zwischen den Mentalitäten verläuft: Sie liegt im Osten Europas, sie durchschneidet die Ukraine und geht hinunter bis nach Griechenland. Alles, was östlich dieser Grenze liegt, entzieht sich offenbar unseren Regeln der Konfliktbewältigung. Und es ist bestimmt kein Zufall, dass diese Grenze auch eine religiöse Basis hat: Sie trennt Protestanten und Katholiken auf der einen Seite von Russischund Griechisch-Orthodoxen sowie Juden und Muslimen auf der anderen. Sie trennt weitgehend laizistische parlamentarische Demokratien von eher vormodernen Gesellschaften, in denen religiöse Empfindungen und Begriffe wie Würde, Stolz und Ehre noch eine zentrale Rolle spielen. Und die nicht zuletzt auch ein anderes Verhältnis zur Zeit haben.

Mit der Aufnahme Griechenlands in die Europäische Gemeinschaft, 1981, wurde diese Grenze erstmals überschritten. Schon damals gab es erhebliche Zweifel an der Europatauglichkeit jener Nation, die die Demokratie vor 2500 Jahren immerhin erfunden hatte. Aber die politischen Eliten des Westens wollten es so: "Man lässt doch Platon nicht an der Tür warten", argumentierte der damalige französische Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing.

Giscard operierte offenkundig mit einem ziemlich idealisierten Griechenlandbild. Tatsächlich ist die Mentalität der Griechen viel mehr von der vier Jahrhunderte währenden osmanischen Fremdherrschaft geprägt als von der klassischen Antike.

Politiker, Militärs und Oligarchen haben das Land fast systematisch ruiniert. Inzwischen werden, nach Recherchen des Zeithistorikers Heinz A. Richter, 90 Prozent des griechischen Bruttoinlandsprodukts von 800 reichen Familien kontrolliert. Und für die Ärmeren wird von den Parteien gesorgt. Konservative, Sozialdemokraten und neuerdings auch Linke betreiben eine in Europa einzigartige Klientelpolitik: Um Wähler an sich zu binden, haben sie Hunderttausende Arbeitsplätze in der Verwaltung des Landes geschaffen oder gegen alle Vernunft erhalten. In Griechenland arbeitet heute beinahe jeder Vierte im öffentlichen Sektor - in Deutschland nur jeder Neunte.

Auch der Beitritt Athens zur Europäischen Gemeinschaft und zur Eurozone führte nicht etwa zu einer Modernisierung Griechenlands, sondern nur zu einer stetig wachsenden Abhängigkeit von europäischen Subventionen und Rettungspaketen.

ennoch wird das von den Euroländern erzwungene Reformprogramm in der politischen Kultur Griechenlands fast durchgehend als Einmischung in innere Angelegenheiten empfunden, als Verletzung von Souveränität und Ehre. Ein Gefühl der Demütigung herrscht vor – was allerdings politisch gewollt ist: Seit seinem Amtsantritt appelliert Premier Alexis Tsipras konsequent an den Stolz seiner Landsleute und pocht auf ihre Souveränität. Westliche Kommentatoren mögen das als Rhetorik und bloße Demagogie abtun, in Wahrheit sind Tsipras' Floskeln bitterer Ernst.

Der zwischen Brüssel und Athen vereinbarte Sparkatalog liest sich ohnehin nur für den Westen als Kompromiss, für die Syriza-Regierung handelt es sich um ein taktisches Entgegenkommen, um einen weiteren Zeitgewinn. Die Erfahrung vieler Krisenjahre hat die Griechen gelehrt, dass man auch im Chaos irgendwie überleben kann. Geduld und Leidensfähigkeit schienen sich bisher immer auszuzahlen. Die Erfahrung mit den korrupten Altparteien hat sie zudem gelehrt, dass alle Reformversprechen nur leere Versprechen waren.

Wer einmal diese Überlebensstrategien entwickelt hat und sich dabei in seinem patriotischen Stolz so verletzt sieht, der ist denkbar ungeeignet als Adressat von Brüsseler Reform-Appellen. Europas Politiker haben diese mentale Barriere bisher nicht zur Kenntnis genommen. Sie haben die Griechen wie unartige Kinder behandelt, die zur Vernunft gebracht werden müssen.

nd sie hätten es besser wissen müssen. Der Clash mit den renitenten Syriza-Politikern hat eine Menge Vorbilder, sie alle folgen dem gleichen Muster: Traditionelle Gesellschaften wehren sich konsequent gegen die Strategien des Westens zur Lösung von Konflikten.

Das gilt für die Russen in der östlichen Ukraine. Wladimir Putin verfolgt das Ziel einer Destabilisierung des Nachbarlands, ungeachtet aller Sanktionen des Westens. Wenn die Ukraine ihre europäischen Ambitionen mäßigen sollte, könnte zwar der Druck auf die Regierung in Kiew nachlassen. Der fundamentale Gegensatz zwischen dem auf Unabhängigkeit bedachten Land und dem Hegemon im Kreml bleibt aber bestehen.

Das gilt für die Afghanen, die das mit militärischer Gewalt betriebene Erziehungsprogramm der Nato erfolgreich abgeschüttelt haben; die Demokratisierung dieser Stammesgesellschaft, die von sich befehdenden Clans beherrscht wird, ist krachend gescheitert.

Und das gilt für die Bürgerkriege im Irak und in Syrien. Dank der Invasion alliierter Truppen wurde Saddam Hussein zwar gestürzt, aber der vom Diktator über Jahrzehnte unterdrückte Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten brach umso heftiger aus. Nun verwandeln die Radikalislamisten des IS die Region in ein Chaos von Gewalt und Rechtlosigkeit.

Diese Konflikte haben tatsächlich eines gemein: Sie dauern seit Jahrzehnten oder gar Jahrhunderten an, mal flammen sie auf, mal verlöschen sie scheinbar. Jeder Versuch, sie von außen dauerhaft zu befrieden, war bislang zum Scheitern verurteilt. Und von innen – das allein müsste den Westen schon irritieren – werden solche Befriedungsversuche gar nicht erst unternommen.

Den Menschen in diesen Krisenregionen geht es zunächst um das alltägliche Überleben, also darum, dass ihre Familien geschützt sind und, wenn möglich, auch noch ein paar materielle Vorteile erwirtschaften. Die große Lösung liegt ihnen fern, entweder weil sie unerreichbar zu sein scheint oder weil sie auch religiös-ideologisch undenkbar ist. Der blutige Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten etwa lässt sich nicht mal eben mit Kompromissen nach westlicher Denkart aus dem Wege räumen. Das sunnitische Saudi-Arabien und das schiitische Iran, zum Beispiel, werden ihren im Jemen ausgetragenen Konflikt nicht einfach deswegen einstellen, weil er – aus europäischer Sicht – völlig sinnfrei ist.

Dass man sich mehr schlecht als recht in einer Welt der Widersprüche einrichten kann, beweisen seit Jahrzehnten schon Israelis und Palästinenser. Generationen von amerikanischen und europäischen Diplomaten haben sich bei dem Versuch verschlissen, diesen im Kern unlösbaren Konflikt zu beenden. Der Friedenswille palästinensischer und israelischer Politiker hingegen blieb stets überschaubar, zu groß war die Angst vor einem die eigenen Interessen verletzenden Kompromiss.

Nicht dass die Menschen unter diesen Umständen nicht leiden würden, natürlich träumt jeder Muslim, jeder arabische Christ und jeder Jude von einem dauerhaften Frieden in Israel und Palästina. Doch die westliche Vorstellung von einem Geben und Nehmen, von einem Verzicht auf unrealistische Forderungen stößt bei beiden Völkern auf ein seit Jahrzehnten gewachsenes Misstrauen. Wer nachgibt, der verliert – so lautet die Devise.

Also nehmen beide Seiten große Opfer in Kauf und ertragen weiterhin die Offenheit der Lage, eine Lösung des Konflikts rückt in unbestimmte Ferne. Und wenn diese Befriedung irgendwann einträte, dann wohl kaum dank genialer politischer Entschlüsse, sondern weil alle Beteiligten des Streitens müde geworden sind. Nicht wenige Unruheherde der Weltgeschichte sind allein dank der Erschöpfung der Kontrahenten erloschen, die Glaubenskriege des späten Mittelalters etwa oder auch der Dreißigjährige Krieg.

Der Atomstreit mit Iran könnte auch so ein Fall sein. Noch sind die in Wien getroffenen Vereinbarungen nicht wirklich umgesetzt, noch hat Iran keine Uno-Inspektoren in seine Nuklearanlagen hineingelassen. Aber die mehr als zehn Jahre dauernden Verhandlungen mit den Außenministern der Vetomächte des Uno-Sicherheitsrats und Deutschlands haben das stets um seine Existenz fürchtende Mullah-Regime so aufgewertet und stabilisiert, dass es zumindest an einer weiteren Eskalation kein Interesse haben dürfte. Der Konflikt an sich, das Festhalten Irans an der atomaren Option, bleibt freilich ungelöst. Im Gegenteil: Teheran hat wieder Zeit gewonnen.

Mit der Griechenlandkrise tritt dieses Verhaltensmuster nun auch in der Europäischen Union in Erscheinung. Ob mit oder ohne Grexit: Die Griechen werden sich weiterhin alle Optionen offenhalten, vor allem werden sie keine Reformen umsetzen, die ihren Stolz wirklich verletzen. Im Gegenteil: Jede populistische Attacke aus dem Westen, jedes neue Grexit-Papier aus irgendeinem Ministerium dürfte ihren Widerstandsgeist wieder befördern, selbst wenn sie sich damit noch weiter schaden.

Die griechischen Philosophen, vor allem Platon und Aristoteles, beschrieben einst zwei verschiedene Modelle der Geschichte: das zyklische Weltbild und das teleologische. Die Vorstellung, dass sich alles irgendwann wiederholt, dass sich nichts wirklich ändert, sondern nur im Kreis bewegt, passt noch heute zur Lebenserfahrung vieler Völker des Ostens. Die Idee dagegen, dass allem ein besonderes Ziel innewohnt, dass der Fortschritt unaufhaltsam ist und sich nichts und niemand ihm in den Weg stellen darf – diese Idee ist inzwischen zum Standard europäischer Politik geworden, gerade wenn es um die weitere Integration der EU geht.

uch das alltägliche Handlungsmodell der westlichen Gesellschaften stammt aus dieser Tradition. Hegels populäre Denkfigur von These, Antithese und Synthese prägt alle politischen Entscheidungswege. In banalisierter Form heißt sein Dreischritt: Streitet euch gern, aber dann kommt auch zu Potte.

Die Boulevardmedien folgen mit ihren Attacken auf die "faulen", also entscheidungsunwilligen Griechen einem entsprechenden Reflex ihrer Leser: Jede Geschichte, jede Diskussion müsse doch mal ein Ende haben, so heißt es immer wieder. Ein Reflex allerdings, der eben im Westen Europas sehr viel verbreiteter ist als im Osten. Dort hat man Zeit, viel Zeit. Und notfalls kauft man sich noch mehr Zeit durch Ankündigungen und Versprechungen, so wie es die griechischen Regierungen nun schon im sechsten Jahr der Krise tun.

Bundeskanzlerin Angela Merkel besitzt bekanntlich mehr Geduld als die meisten ihrer Politikerkollegen. Tatsächlich scheint ihr Politikstil für die Beherrschung endloser Prozesse ideal zu sein; mit Situationen der Offenheit kann sie souverän umgehen, selbst die Provokationen des griechischen Premiers erträgt sie nach außen hin mit stoischer Ruhe.

Doch damit ist die Kanzlerin zweifellos ein Ausnahmetalent. Die Mitglieder der politischen Kaste in Berlin haben längst in großer Zahl die Geduld verloren, die Forderungen nach einem Rausschmiss der Griechen aus dem Euro verstummen auch nach Beginn der Verhandlungen um ein drittes Rettungspaket nicht. Diese Forderungen nähren die Illusion, dass die Krise mit einem Grexit beendet wäre. In Wirklichkeit aber würde sich der Vorhang nur für eine kurze Zeit senken, danach begänne schon der nächste Akt im griechischen Drama.